

Die wahren Kosten unseres Energie-Wahns

geschrieben von Chris Frey | 17. Juli 2025

[Maurice Cousins](#)

In seinem jüngsten [Bericht](#) über fiskalische Risiken und Nachhaltigkeit bestätigt das Office for Budget Responsibility (OBR) die Folgen von fast zwei Jahrzehnten verfehlter Energiepolitik. Nicht absichtlich, versteht sich. Das Dokument ist in der passiven, datenlastigen Sprache der technokratischen Prognostiker verfasst. Aber wenn man es aufmerksam liest, wird eines überdeutlich: Großbritannien hat ein Energiesystem aufgebaut, das seine Wirtschaft nicht tragen kann – und nun knickt die gesamte Finanzarchitektur unter der Belastung ein.

Jahrelang hat sich die politische Klasse selbst eingeredet, dass Energie eine zweitrangige Angelegenheit sei. Was zählte, war, Ziele zu erreichen, Ankündigungen zu machen und sich dem globalen Klimakonsens anzuschließen. In der Zwischenzeit wurden grundlegende Fragen wie die der Unterbrechung der Energieversorgung als bloße Nebengedanken behandelt. Die Erschwinglichkeit wurde zum Problem von jemand anderem. Und die feste, disponible Energie – das, was die Wirtschaft tatsächlich am Laufen hält – wurde stillschweigend beiseite geschoben. Auch wenn sich die Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren als das bestimmende politische Thema [herauskristallisiert](#) haben – und damit Klimawandel, Migration und sogar den NHS übertreffen – bleibt Westminster bestehen.

Jetzt ist die Rechnung eingetroffen.

Das OBR macht kein Aufhebens darum, aber die Fakten liegen auf dem Tisch. Großbritanniens Wirtschaftswachstum ist blutleer. Die Inflation hat sich als hartnäckiger erwiesen als erwartet. Die Zinszahlungen für die Staatsverschuldung sind höher und schwankungsanfälliger als in vergleichbaren Volkswirtschaften. Und die Regierung hat Dutzende von Milliarden ausgegeben, um auf Krisen zu reagieren, wobei der Handlungsspielraum jedes Mal kleiner wurde. Man muss nicht die Augen zusammenkneifen, um den Zusammenhang zwischen diesen Trends zu erkennen: Die kurzsichtige Energiepolitik hat jeden dieser Trends verschlimmert.

Als die globale Energiekrise im Jahr 2022 ausbrach, war UK in besonderem Maße gefährdet. Die Regierung war gezwungen, 40 Milliarden Pfund auszugeben, nur um den Zusammenbruch von Haushalten und Unternehmen zu verhindern. Nicht weil die Märkte versagten, sondern weil Großbritannien das vorangegangene Jahrzehnt damit verbracht hatte, seine eigene Widerstandsfähigkeit zu demontieren. Es sprengte Kohlekraftwerke in die Luft. Es schloss die Gasspeicher. Es blockierte die heimische Produktion, einschließlich des Verbots von Onshore-Gas. Sie ließ die

Kernkraftkapazitäten verkümmern. All dies führte zu einer immer stärkeren Abhängigkeit von wetterabhängigen Technologien mit geringer Dichte, ohne dass ein ernsthafter Plan für ein Backup vorlag.

Die 40 Milliarden Pfund, die ausgegeben wurden, um Haushalte und Unternehmen vor der Energiekrise zu schützen, waren die fiskalische Konsequenz eines Systems, das auf Fragilität aufgebaut war und uns geopolitischen Schocks wie dem Einmarsch Russlands in der Ukraine und dem daraus resultierenden Anstieg der Gaspreise in gefährlicher Weise aussetzte.

Doch anstatt die Lehren daraus zu ziehen – einschließlich der Notwendigkeit, in feste Grundlast, Großspeicher und einheimische Kohlenwasserstoffversorgung zu investieren – verschärft die Regierung das Problem. Milibands Mission „sauberer Strom bis 2030“ wird das Netz noch abhängiger von der intermittierenden Erzeugung machen und gleichzeitig Investitionen in wichtige feste Erzeugungskapazitäten verhindern. Der angesehene Energiewissenschaftler Professor Dieter Helm hat [gewarnt](#), dass diese überstürzte Strategie wahrscheinlich die System- und Netzkosten in die Höhe treiben und die Verbraucher zwingen wird, mehr für ein Energiesystem zu zahlen, das weniger zuverlässig und sicher ist.

Das OBR beziffert die Kosten des Zentralstaates für die Abmilderung der Netto-Null-Problematik auf 803 Milliarden Pfund über 25 Jahre – etwa 0,8 % des BIP pro Jahr. Das mag viel klingen, aber es ist eine vorsichtige Zahl, die auf sehr unsicheren Annahmen beruht. Die Kosten der Haushalte und des privaten Sektors, die zehnmal so hoch sein könnten, sind darin nicht berücksichtigt. Sie geht von einer reibungslosen Umsetzung und keinen Überschreitungen aus. Und er basiert zum Teil auf Daten des Climate Change Committee, das seine eigenen Schätzungen bereits um 65 % nach unten korrigiert hat – nicht, weil die Umstellung billiger geworden wäre, sondern weil sich die Modellierung geändert hat.

Kurz gesagt, die Zahl ist nicht zu hoch, sondern wahrscheinlich zu niedrig. Eine Best-Case-Prognose in einer Worst-Case-Welt.

Großbritannien hat ein Energiemodell verfolgt, das physikalisch anfällig und wirtschaftlich ineffizient ist – aber politisch unantastbar. Zu Recht wird dieses Modell jetzt entlarvt.

Leider wird es noch sehr viel schlimmer werden. Jede strukturelle Schwäche, die das OBR feststellt – geringes Wachstum, hartnäckige Inflation, steigende Verschuldung, anhaltende Defizite – wird durch ein Energiesystem, das immer mehr Subventionen und immer mehr Eingriffe erfordert und immer weniger zuverlässig ist, noch schwerer zu beheben sein.

Die politische Klasse hat diese Realität über Jahre hinweg ignoriert. Das OBR kann das nicht, das muss man ihm lassen. Seine Tabellen mögen blutleer sein, aber die Botschaft ist unmissverständlich: Großbritannien

steckt in Schwierigkeiten und die Energiepolitik ist einer der Hauptgründe dafür.

Die Frage ist jetzt nicht, ob das Modell gescheitert ist. Das ist es. Die Frage ist, ob jemand an der Macht bereit ist, dies zuzugeben und etwas Besseres aufzubauen, bevor die nächste Krise dies unmöglich macht.

Link:

<https://www.netzerowatch.com/all-news/alt6b2hg9ck0oov1ulq3gqi6huwlg?ss>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE